

Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit beschreibt die Forderung, dass die ökologischen Kosten von Industrie, Verkehr und Wirtschaftsweise innerhalb einer Gesellschaft gerecht verteilt werden. Sie will der Tatsache entgegenwirken, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen oftmals in besonderem Maße Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, kontaminiertem Wasser und Boden etc. ausgesetzt sind. Diese zunächst in den USA im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung entstandene Forderung wird seit den 1990er Jahren von unterschiedlichsten sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern aufgegriffen. Umweltgerechtigkeitsbewegungen setzen sich gegen Umweltbelastungen zur Wehr, die zum Teil ihre bisherige Lebensweise verunmöglichen und/oder mit erheblichen Gesundheitsrisiken einhergehen. So definiert Isabelle Anguelovski (2016) Umweltgerechtigkeit als „das Recht, an seinem Wohnort und in seiner Umwelt zu bleiben und vor unkontrollierten Investitionen und Wachstum, Verschmutzung, Landraub, Spekulation, Investitionsabbau sowie Verfall und Imstichlassen geschützt zu werden“ (ebd.: 74). Zeitgleich zu den Bewegungen bildete sich in den Sozialwissenschaften (v.a. Soziologie, Geographie, Politikwissenschaft) eine Umweltgerechtigkeitsforschung heraus, die Wechselwirkungen zwischen sozialen Ungleichheiten und Umweltbelastungen dokumentiert und mittlerweile zahlreiche Überschneidungen mit dem Forschungsfeld der Politischen Ökologie aufweist.

Ausgangspunkt der Umweltgerechtigkeitsbewegung waren zwei Ereignisse: zum einen der erfolgreiche Protest der Bewohner*innen des Arbeiter*innen-Viertels Love Canal im Bundesstaat New York, in dem 1987 eine Anwohner*inneninitiative – beunruhigt durch hohe Krebs- und Fehlbildungsraten – herausfand, dass ihr Viertel auf einer Giftmülldeponie errichtet wurde. Zum anderen blockierten afro-amerikanische Aktivist*innen 1982 unter dem Slogan *my neighbourhood is killing me* in Warren County, North Carolina, mit Mitteln des zivilen Ungehorsams LKWs, die vergiftete Erde in ihrem Viertel abladen sollten. Sie rahmten erstmals ihren Kampf als einen gegen Umwelt-rassismus, da sie feststellten, dass mehrheitlich von Schwarzen bewohnte Viertel überdurchschnittlich oft hohen Umweltbelastungen ausgesetzt sind.

Ab den 1980er Jahren lieferten Untersuchungen die empirischen Beweise, dass (Gift-)Mülldeponien, Industrien mit hohen Emissionen und Lagerstätten für Schadstoffe signifikant häufiger in oder in der Nähe von afro-amerikanischen und hispanischen Vierteln angesiedelt werden;

der Gegensatz reich vs. arm allein konnte die Verteilung deutlich weniger erklären (Bullard 1990: 35).

Die entstehende Umweltgerechtigkeitsbewegung unterschied sich erheblich von der bis dahin existierenden Umweltbewegung und machte deren Vertreter*innen teilweise auch für die Umweltungerechtigkeiten (mit) verantwortlich: Die Umweltbewegung in den USA hatte in ihrer Frühphase v.a. den Schutz von „wilder Natur“ auf ihrer Agenda. Ihre Mitglieder und Unterstützer*innen waren v.a. Weiße aus der Mittel- und Oberschicht, mit überdurchschnittlicher Bildung und hohem Einkommen. Nicht nur, dass sie mit ihrem Lebensstil deutlich stärker von Konsumangeboten und Mobilitätsmöglichkeiten profitierten, sondern sie waren auch in den staatlichen Behörden, die Gutachten zu geeigneten Mülllagerstätten einholten sowie die entsprechenden Richtlinien umsetzten, überrepräsentiert. Bei der Umweltgerechtigkeitsbewegung entstand das Gefühl, dass die staatlichen Behörden Viertel mit weißer Mehrheitsbevölkerung systematisch bevorzugten. Die marginalisierten Gruppen innerhalb der Bevölkerung fühlten sich als Opfer der durch die Mittel- und Oberschicht verursachten Umweltbelastungen, weil sie neben Kraftwerken, Industriefabriken und Orten mit hohem Verkehrsaufkommen wohnten, oft aus mangelndem Zugang zu anderem Wohnraum. Im Gegensatz dazu können sich reichere Haushalte generell besser vor Umweltbelastungen schützen: durch Klimaanlage, gut schließende Mülltonnen, schalldichte Fenster, den Kauf von abgefülltem Wasser, notfalls den Wegzug in andere Stadtteile.

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wird das Konzept der Umweltgerechtigkeit auf transnationaler Ebene diskutiert. Dadurch ist der Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und Umweltfragen in vielen sozialen Bewegungen thematisiert worden, später auch spezifisch im Hinblick auf CO₂-Emissionen als Klimagerechtigkeit oder hinsichtlich des Rohstoffverbrauchs als Ressourcengerechtigkeit. Verschiedene Analysen arbeiteten außerdem heraus, dass im Globalen Süden schon lange Stadtteilbewegungen, indigene Gemeinschaften bis hin zu Kautschuksammler*innen Umweltgerechtigkeitsforderungen stellen, oftmals ohne selbst den Begriff zu verwenden (Acselrad 2010; Martinez-Alier 2002).

Im Laufe der Zeit wurde das Konzept der Umweltgerechtigkeit damit nicht nur aus dem städtischen Raum gelöst und vermehrt im Globalen Süden aufgegriffen, sondern neben Giftmüll und Industrieabfälle auch auf andere Bereiche und transnationale Beziehungen ausgeweitet. Mittlerweile werden darunter auch die Schadstoffexposition durch Pestizide in der Landwirtschaft und den mit ihr verbundenen Lieferketten verhandelt, die Belastungen durch Nukleartests, Quecksilberkontamination im Bergbau und der Export von Elektroschrott und von zur Abwrackung vorgesehener

Schiffe sowie Infrastrukturgroßprojekte. In vielen Fällen organisieren sich die Anwohner*innen bzw. direkt Betroffenen solcher Projekte als Nachbarschaftsinitiativen ohne viel Erfahrung, oft ohne Anbindung an Parteien oder größere Bewegungen. Meist wenden sie sich zunächst an die örtlichen Behörden, die diese oft erstmal ignorieren. Da es fast immer an einer systematischen epidemiologischen Erfassung der Situation fehlt, versuchen die Betroffenen selbst, die gesundheitlichen Negativauswirkungen zu dokumentieren und Expert*innen zu finden, die ihnen dabei mit Rat und Tat zur Seite stehen. Meist ist eines der zentralen Probleme, die konkrete Wirkung spezifischer toxischer Stoffe wie Abfälle und Pestizide auf die menschliche Gesundheit nachzuweisen, um dann auch vor Gericht Erfolg zu haben. Folglich standen innerhalb der Forschungen zu Umweltgerechtigkeit zunächst Umweltbelastungen für die menschliche Gesundheit im Zentrum; dafür spielten quantitative Analysen und deren Korrelation mit allgemeineren Bevölkerungsdaten eine Schlüsselrolle. In den letzten Jahren sind auch gesundheitsfördernde Umweltressourcen wie zum Beispiel der Zugang zu Grünflächen und Parks mit in die Betrachtung einbezogen worden.

Die Forderung nach Umweltgerechtigkeit ist aktueller denn je: Studien für deutsche Großstädte zeigen, dass Gebiete, in denen sozial schwächere Bevölkerungsgruppen leben, eine signifikant höhere Feinstaubbelastung aufweisen (für Berlin beispielsweise: Kindler u.a. 2009). In diesen Vierteln gibt es zudem weniger Grünflächen und dadurch höhere Temperaturen in Hitzeperioden sowie oftmals auch eine höhere Lärmbelastung. Bisher fehlt es Politiker*innen sowie Stadt- und Raumplaner*innen an Gegenstrategien, um bestehenden Umweltungerechtigkeiten wirksam entgegenzutreten (ebd.: 62).

Anne Tittor

Literatur

- Acselrad, Henri (2010): „Ambientalização das lutas sociais – o caso do movimento por justiça ambiental“. In: *Estudos Avançados*, Bd. 24, Nr. 68, S. 103-119 (<https://doi.org/10.1590/s0103-40142010000100010>).
- Anguelovski, Isabelle (2016): „Umweltgerechtigkeit“. In: D'Alisa, Giacomo; Federico Demaria & Giorgos Kallis (Hg.): *Degrowth. Handbuch für eine neue Ära*. München, S. 74-78.
- Bullard, Robert (1990): *Dumping in Dixie. Race, Class, and Environmental Quality*. Boulder, US-CO, & Oxford.
- Kindler, Annegret; Ulrike Weiland; Julia Metto & Ulrich Franck (2009): *Untersuchung zur räumlichen Korrelation von Feinstaub (PM10)-Belastungen und Sozialstatus / Dynamik-Index in den Berliner Verkehrszellen*. Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/57863/1/647139316.pdf>, letzter Aufruf: 1.10.2020.
- Martinez-Alier, Joan (2002): *The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*. Cheltenham.